Fragestunde gemäß § 48 der Geschäftsordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.05.2022

	T	
Nr. 52	Nicole Röck-Knüttel CDU Dez. V z.w.V.	Am 2. August 2021 veröffentlichte das Pressereferat, dass in den Ortsverwaltungen und im Umweltladen sog. Bti-Tabletten gegen Schnaken kostenlos ausgegeben werden. Bei der Ausgabe der Tabletten handelte es sich um eine Maßnahme gegen die Verbreitung heimischer und exotischer Stechmücken, zu denen auch die Tigerund Buschmücken gehören.
		Ich frage den Magistrat:
		 Wie viele Bti-Tabletten wurden im Sommer 2021 über die Ortsverwaltungen und den Umweltladen ausgegeben? Wie viel hat die Maßnahme die LHW gekostet? Wurde außerdem städtischerseits damit gearbeitet, etwa an Friedhofswasserstellen, in Parkanlagen o.ä.? Welche Aufzeichnungen zur Verbreitung der jeweiligen Mückenarten stehen der LHW zur Verfügung? Hatte die Maßnahme messbare Auswirkungen auf die Verbreitung der Stechmücken? Ist es geplant die Aktion zu wiederholen?
Nr. 76	Myriam Schilderoth CDU Dez. I z.w.V.	Die #Linkemetoo-Affäre hessischer und Wiesbadener Linke beschäftigt Justiz, Politik und Gesellschaft. Es sind so viele Fragen offen, dass eine zeitnahe Aufklärung kaum realistisch scheint. Gerade städtische Amtsträger sollten daran interessiert sein, die Vorwürfe lückenlos aufzuklären. Ich frage den Magistrat:
		Ob insbesondere der Fall von Antonia Coen (Schutzname medialer Berichterstattung) dem Magistrat durch die Vorsitzende des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit gemeldet wurde?
		2. Ob er Kenntnis darüber hat, dass die o.g. Ausschussvorsitzende nach der Veröffentlichung der Vorfälle Kontakt zu dem Opfer gesucht hat, die sich im November 2021 hilfesuchend an sie gewandt hat und wenn ja, in welcher Form?

	Welcher Umgang, welche Maßnahmen werden
	Führungskräften der Stadt Wiesbaden bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz empfohlen, wenn Mitarbeitende sich vertrauensvoll an sie wenden (vgl. hierzu die Dienstanweisung "Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz")?
Hartmut Bohrer Die Linke	Ich frage den Magistrat:
Dez. V z.w.V.	Dem Regionalbahnhof Kastel kommt - nicht nur in der aktuellen Situation - eine wachsende Bedeutung zu. Seit Jahrzehnten wird bemängelt, dass er nicht barrierefrei ist, über keine uneingeschränkt zugängliche Toilette verfügt und die Bahnsteige bei geschlossener Schranke von der Rheinuferpromenade aus nicht erreichbar sind. 1. Wann werden die einst vorgestellten Pläne des Umbaus zur Barrierefreiheit endlich umgesetzt? 2. Wann erfolgt endlich ein Zugang von Seiten der Rheinuferpromenade? 3. Wann werden Radweg und Fußweg von den Neubaugebieten LINDE-Areal und Wohnen am Bürgerhaus, in denen nun rund 1000 Wohnungen entstehen, sowie vom Nahversorgungszentrum "Am Gückelsberg" zum Bahnhof realisiert?
Dr. Bernd Wittkowski CDU Dez. IV z.w.V.	Die glorreichen Zeiten des Pfarrer-Luja-Platz in Dotzheim sind längst vorbei. Wie dem Wiesbadener Kurier vom 29.12.2021 entnommen werden konnte, verfällt die leerstehende Ortsverwaltung zunehmend, obwohl sie von Vereinen genutzt werden könnte. Einige Stellplätze können auf Grund der starken Vermüllung nicht mehr befahren werden. Die umliegenden Geschäfte sind größtenteils geschlossen oder verzogen. Ich frage den Magistrat, 1. wann ist mit einem Verkauf der alten Ortsverwaltung in Dotzheim zu rechnen? 2. handelt es sich bei dem Käufer um einen privaten Investor? 3. welche Pläne hat der Käufer der Stadt vorgelegt und wann sollen diese umgesetzt werden? 4. welche Pläne hat die Stadt, um die Missstände am Pfarrer-Luja-Platz in Dotzheim zu beseitigen und welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Attraktivität vor Ort langfristig zu steigern?
	Die Linke Dez. V z.w.V. Dr. Bernd Wittkowski CDU

Nr. 29 Silas Gottwald Im Januar 2019 berichtete der Wiesbadener Kurier, dass SPD nur knapp jeder vierte der rund 880 Bussteige in Wiesbaden barrierefrei ausgebaut ist. Das Dez. V z.w.V. Personenbeförderungsgesetz fordert eine vollständige Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 01. Januar 2022. Der aktuell gültige Nahverkehrsplan der Stadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises "empfiehlt" daher für alle Bushaltestellen, unabhängig von deren Frequentierung, (u.a.) taktile Leitstreifen und erhöhte Bordsteinkanten. Ich frage den Magistrat: Wie viele Bushaltestellen in Wiesbaden sind noch 1. nicht mit taktilen Leitstreifen, erhöhten Bordsteinkanten und weiteren Maßnahmen zur Barrierefreiheit ausgestattet? 2. Wie viele der Haltestellen aus Frage 1 liegen in den jeweiligen, vom Nahverkehrsplan definierten Haltestellentypen (Kategorien A, B, C, D)? 3. Wie ist der Zeit- und Finanzplan der weiteren Umrüstung der verbleibenden Bushaltestellen im Wiesbadener Stadtgebiet? Nr. 64 Dr. Eckhard Müller Laut Antwort des Magistrats auf eine schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion lag der LHW im November 2021 ein **AfD** Normenkontrollantrag vonseiten des Hessischen Dez. IV z.w.V. Verwaltungsgerichtshofes (VGH) über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches Ostfeld vor. Ich frage den Magistrat: 1. Hat der VGH der LHW eine Frist für eine Erwiderung gesetzt? Falls ja, bis wann? 2. Hat die Landeshauptstadt sich bereits zum Normenkontrollantrag geäußert? Falls ja, wann und wie? 3. Liegen inzwischen weitere Normenkontrollanträge und/oder -klagen vor? Falls ja, welche? 4. Liegt eine Klage der Hessische Landgesellschaft mbH (HLG) im Zusammenhang mit dem Ostfeldprojekt 5. Rechnet die Landeshauptstadt Wiesbaden mit einem Abschluss aller Verfahren zum Ostfeld vor Ende 2025? 6. Welche Maßnahmen, die im Falle eines Scheiterns der Ostfeldpläne nutzlos wären, wurden/werden von der LHW oder einer Beteiligungsgesellschaft vor Abschluss der Verfahren durchgeführt und wie hoch sind die Kosten dafür?

Nr. 71	Roman Bausch AfD Dez. I z.w.V.	 Eine Anfrage eines SPD-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus hat ergeben, dass die Berliner Feuerwehr in den Jahren 2020 und 2021 wesentlich häufiger wegen Herzbeschwerden oder Schlaganfällen gerufen wurde als in den Vorjahren. Teilweise lag der Anstieg bei mehr als 30 Prozent. In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat: 1. Wie viele medizinische Hilfeersuchen wurden bei der Feuerwehr Wiesbaden im Zusammenhang mit Herzbeschwerden/Brustschmerzen/Beschwerden in der Brust für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Notrufabfrage erfasst? Bitte nach Jahren und Alterskohorten von 10 Jahren (0-10, 11-20, usw.) aufgliedern. 2. Wie viele medizinische Hilfeersuchen wurden bei der Feuerwehr Wiesbaden im Zusammenhang mit Schlaganfallsymptomen für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Notrufabfrage erfasst? Bitte nach Jahren und Alterskohorten von 10 Jahren (0-10, 11-20, usw.) aufgliedern.
Nr. 66	Lucas Schwalbach FDP Dez. I z.w.V.	Mit Datum vom 15.3.2022 warnt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) vor dem Einsatz von Virenschutzsoftware des russischen Herstellers Kaspersky und empfiehlt den Einsatz alternativer Software. Aus Sicht des BSI ist die russische Invasion der Ukraine und die von Russland ausgesprochenen Drohungen gegen EU und NATO mit einem erheblichen Risiko eines erfolgreichen IT-Angriffs verbunden. Besonders gefährdet seien Unternehmen und Behörden mit besonderen Sicherheitsinteressen und Betreiber kritischer Infrastrukturen. Ich frage daher den Magistrat: 1. Werden in der Stadtverwaltung oder in den städtischen Gesellschaften proprietäre Softwareprodukte (insb. Virenschutz, Firewall, u.ä.) der Hersteller Kaspersky, Doctor Web oder anderer russischer Anbieter genutzt? 2. Nutzen die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften die Beratungsangebote des BSI und der Verfassungsschutzbehörden zum Schutz der kritischen Infrastruktur? Wenn nein, warum nicht?

Nr. 67	Sylvia Schob FDP Dez. II z.w.V.	 Im Rahmen der Veranstaltung "Jugend im Rathaus" berichteten Schüler der Gutenbergschule, dass sie auf ihrem Schulweg immer wieder belästigt und bedrängt werden, insbesondere vor dem Lili (ehemals Lilien-Carré). Ich frage daher den Magistrat: 1. Sind dem Magistrat die Beschwerden von Schülerinnen und Schülern oder Eltern bekannt? 2. Wenn ja, hat der Magistrat bereits Kontakt zum Lili aufgenommen, um die Betreiber und deren Security-Dienst für die Problematik zu sensibilisieren?
Nr. 68	Marc Dahlen CDU Dez. V z.w.V.	Der Neroberg ist ein beliebtes Wiesbadener Ausflugsziel, welches Einheimischen und Touristen vom Monopterus aus einen grandiosen Ausblick über die Stadt bietet. Die hierfür vorgesehenen Blickachsen sind über die Jahre jedoch immer stärker zugewachsen. Ich frage den Magistrat, 1. ob ein Freischnitt der Sichtachsen vom Neroberg in regelmäßigen zeitlichen Abständen erfolgt und wenn ja, wie diese zeitlichen Abstände definiert sind? 2. ob Vorgaben für den Umfang des Freischnitts der Sichtachsen bestehen und wenn ja, wie diese lauten? 3. ob bei dem Freischnitt der Sichtachsen einem bestimmten historischen Vorbild gefolgt wird?
Nr. 69	Monika Giesa AfD Dez. II z.w.V.	 Die Landeshauptstadt Wiesbaden investierte nach eigenen Angaben ca. 45.000 Euro für eine Impf-Plakatkampagne Anfang Februar diesen Jahres. Die Plakate, die in zehn verschiedenen Sprachen produziert wurden, sollten nicht nur Impfskeptiker ansprechen, sondern auch Menschen der LHW, die der deutschen Sprache nicht oder kaum mächtig sind. Nach etwa sechs Wochen wurden diese Plakate wieder abgehängt. Mit welchem Ergebnis beendete die LHW diese Kampagne? Ich frage den Magistrat: 1. Wann werden die LHW oder die Initiatoren dieser Kampagne eine Evaluation dieser Aktion vorlegen können? 2. Welche Steigerungsrate der Impfquote konnte durch die Aktion in der LHW erzielt werden? 3. Welche Steigerungsrate der Impfquote konnte durch die Aktion in der LHW differenziert nach den abgedruckten Sprachen erzielt werden? 4. Sind für die nächsten Wochen und Monate weitere Aktionen dieser Art geplant? Wenn ja, bitten wir diese aufzulisten und den jeweiligen finanziellen Rahmen zu nennen.

Nr. 70	Ronny Maritzen Grüne Dez. IV z.w.V.	 Bei der Planung des Projektes Ostfeld/Kalkofen wird in verschiedenen Beschlüssen und Machbarkeitsstudien auf die Notwendigkeit einer Schienenanbindung der Trabantenstadt Ostfeld hingewiesen. Ich frage den Magistrat: 1. Da eine Straßenbahn jedoch vorerst nicht in Betracht kommt: Soll eine Anbindung über eine Normalspur-Eisenbahn erfolgen? 2. Ist für eine optimale ÖPNV-Anbindung ein zentraler Haltepunkt in der Mitte des Wohngebiets geplant? Wenn ja, soll dieser oberirdisch oder unterirdisch ausgeführt werden? 3. Liegt eine Kostenschätzung für eine/die Eisenbahnanbindung im Entwicklungsgebiet der SEM vor? (Wenn ja,) mit welchen Kosten wird gerechnet? 4. Warum werden die Kosten für zwei Haltepunkte in der Kosten- und Finanzierungsübersicht aufgeführt, die Kosten für die Eisenbahngleise aber nicht? 5. Werden außer einer Schienenanbindung Möglichkeiten gesehen, die 19.000 zusätzlichen Autofahrten, die durch die SEM Ostfeld entstehen, zu vermeiden?
Nr. 65	Dr. Klaus Lork AfD Dez. II z.w.V.	Jüngsten Berichten der Frankfurter Rundschau zufolge verlassen in den nächsten Monaten allein acht Fachärzte inklusive der Direktorin der Klinik für Anästhesie die HSK, das größte Krankenhaus der Landeshauptstadt Wiesbaden. Dies ist kein Einzelfall, denn die HSK hat immer wieder mit einer starken Fluktuation ihres Personals zu tun. Der Klinikkonzern Helios verweist auf eine Reihe von Vorhaben, um Mitarbeiter zu rekrutieren, unter anderem sei die Zahl der Auszubildenden deutlich erhöht und im Oktober 2021 mit 50 examinierten Pflegekräften fast der gesamte Ausbildungsgang eingestellt worden. Zusätzlich bemüht sich die Klinik um ausländische Pflegekräfte und investiere in Fachweiterbildungen. Ich frage den Magistrat: 1. Gibt es ein Konzept seitens der HSK, Führungskräfte langfristig zu binden? 2. Welche Punkte beinhaltet ein solches Konzept? 3. Mit welchen Mitteln sollen junge Fachkräfte ausgebildet und an die HSK gebunden werden?
Nr. 72	Dr. Klaus Lork AfD Dez. V z.w.V.	Im Auftrag des hessischen Umweltamtes wurden 2020 im Einzugsbereich des Wäschbachs durch die Simulation von Starkregen Risikobereiche identifiziert. Eine Starkregengefahrenkarte wurde zunächst nur für die östlichen Vororte Wiesbadens angefertigt und veröffentlicht.

		Ich frage den Magistrat:
		 Welche Erkenntnisse sind während des Prozesses gewonnen worden? Welche konkreten Maßnahmen erachtet der Magistrat vonseiten der Stadt aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse zum Schutz vor Überflutungen durch Starkregenereignisse für erforderlich? Wurden bereits bauliche Veränderungen geplant oder sogar umgesetzt? Falls ja, welche? Wann ist mit der Fertigstellung der Starkregengefahrenkarte(n) für die anderen Stadtgebiete zu rechnen?
Nr. 73	Monika Giesa	Der russische Außenminister Lawrow hat angesichts des
	AfD	Krieges in der Ukraine vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges gewarnt. "Die Gefahr ist ernst, sie ist real, sie
	Dez. I z.w.V.	ist nicht zu unterschätzen", sagte Lawrow
		In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:
		 Wie viele einsatzbereite Schutzräume für die Bevölkerung gibt es im Stadtgebiet der LHW und welche sind das im Einzelnen? Wie vielen Personen bieten diese Schutzräume jeweils Platz? Gegen welche Arten von Bedrohung bieten diese Schutzräume jeweils Schutz? Gibt die Stadt Wiesbaden eigene Informationen an die Bürger zur Aufklärung über richtiges Verhalten im Falle von Angriffen durch ballistische Raketen oder Gleitflugkörper heraus? Falls ja, welche? Wie sehen die konkreten Pläne der Stadt Wiesbaden aus, die Bürger im Falle eines Angriffs durch ballistische Raketen oder Gleitflugkörpern zu schützen, ungeachtet der Pläne des Katastrophenschutzes?
Nr. 74	Michael David SPD Dez. I z.w.V.	In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. März 2022 wurde seitens des ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten Veit Wilhelmy ausgeführt, er könne sich noch gut an das Gerangel um die Freikarten für den Ball des Sports innerhalb der SPD-Stadtverordnetenfraktion erinnern (was angesichts seines Ausschlusses aus der SPD-Stadtverordnetenfraktion nur den Zeitraum 2006 bis Ende September 2008 umfassen kann).
		Haben die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung seit 2006 Freikarten für den Ball des Sports erhalten?
		2) Wenn ja, welche Fraktionen haben wie viele Karten erhalten? (Bitte nach Jahr und Fraktion aufschlüsseln)

Nr. 75	Aman Yoseph SPD Dez. V z.w.V.	Die Landstraße 3028 (<i>Am Wellinger</i>) führt im Bereich Auringen direkt entlang der Siedlungen Tannenring und Am Rotenberg. Die Anwohner sind durch die Nähe zur A3 bereits erhöhten Lärm- und Abgasemissionen ausgesetzt. Der einseitige Fußweg ist recht schmal, die Einmündungen in die Straßen oft unübersichtlich. Eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit von Tempo 70 auf 50 kann das Sicherheitsgefühl erhöhen und die Emissionsbelastung senken. Beim Besuch des Stadtrats Kowol im Ortsbeirat Ende 2021 wurde ein Lösungsvorschlag 'im Frühjahr 2022' vereinbart. Wir fragen den Magistrat: Wann ist mit einem Lösungsvorschlag seitens des Magistrates zu rechnen?
Nr. 53	Myriam Schilderoth CDU Dez. II z.w.V.	Der Hessische Innenminister sowie der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen haben kürzlich ihren Verfassungsschutzbericht des Jahres 2020 präsentiert. Hier zeigt sich ein Anstieg von Straftaten und Gewaltdelikten in fast allen Bereichen. Ich frage den Magistrat: 1. Wie viele dieser Straftaten wurden in Wiesbaden begangen? 2. Wie lassen sich diese Gewalt- und Strafdelikte auf die Bereiche Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus unterteilen?